



Bundestags- brief

Nr.227 • Die Woche im Bundestag • 08.06.2018



DEUTSCHER BUNDESTAG

**Prof. Monika
Grütters MdB**

Tel.: 030/227 70222

Fax: 030/227 76223

monika.gruetters@
bundestag.de

www.monika-gruetters.de

Im deutschen Interesse: Europa voranbringen.

Im Koalitionsvertrag haben sich CDU/CSU und SPD zu einem neuen Aufbruch in Europa bekannt. Denn in Zeiten isolationistischer und nationalistischer Tendenzen in vielen Ländern der Welt ist es wichtig, dass die Europäische Union beweist, dass Frieden, Freiheit, Wohlstand und Sicherheit vor allem auf dem Wege internationaler Kooperation und Zusammenarbeit zu erreichen sind.

Der französische Präsident, Emmanuel Macron, hat eine Reihe innovativer Vorschläge zur Weiterentwicklung der europäischen Kooperation gemacht. Darunter waren einige wichtige Impulse, die es aus deutscher Sicht einzuordnen und zu bewerten galt.

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat nun auf diese Ideen des französischen Präsidenten reagiert und für den Euro die Schaffung eines Europäischen Währungsfonds sowie einen europäischen Investivhaushalt vorgeschlagen.

Darüber hinaus hat die Bundeskanzlerin auch Bereitschaft Deutschlands signalisiert, sich an der Finanzierung des nächsten europäischen Haushalts mit höheren Mitteln zu beteiligen.

Es ist richtig, wie Angela Merkel in Zeiten steigender globaler Unsicherheit und großer internationaler Herausforderungen ihre Bereitschaft zu größerer Zusammenarbeit auf der europäischen Ebene erklärt.

Nur auf europäischer Ebene werden wir etwa den problematischen Zoll-Plänen der US-Regierung wirkungsvoll entgegentreten können. Und nur auf europäischer Ebene werden wir auch tragfähige Lösungen zur Regelung von Migration und Bekämpfung von Fluchtursachen finden.

Dazu gehören eine europäische Entwicklungspartnerschaft mit den Anrainerländern im Mittelmeer genauso wie ein wirkungsvoller Schutz der europäischen Außengrenzen. Um diese Ziele zu erreichen, brauchen wir eine handlungsfähige und tatkräftige Europäische Union.

Als Staatsministerin für Kultur und Medien weiß ich, wie unverzichtbar stabile europäische Kooperationsmechanismen für eine erfolgreiche Politik sind. Deshalb war es mir wichtig, nach meiner erneuten Ernennung mich schnell mit unseren europäischen Partnern über die Agenda der kommenden vier Jahre auszutauschen. Deshalb war ich in den vergangenen zwei Wochen unter anderem in Brüssel, Rom und Paris zu Gast, um dort mit unseren italienischen und französischen Partnern den Austausch zu suchen.

Gerade Frankreich ist für uns ein unverzichtbarer Partner wenn es um die Sicherung unseres gemeinsamen kulturellen Erbes und die Förderung künstlerischer Avantgarde geht. Mit der französischen Kulturministerin Françoise Nyssen habe ich über die weitere Zusammenarbeit im Bereich des Kulturgutschutzes, aber auch über Steuerfragen im Kulturbereich gesprochen. Auch die Verantwortung für Kulturgut aus kolonialen Kontexten kann nur gemeinsam mit unseren Partnern auf internationaler und europäischer Ebene sinnvoll bearbeitet werden.

Diesen Dialog mit unseren europäischen Partnern und Freunden werde ich auch in den kommenden Jahren fortsetzen und vertiefen. Denn ich bin davon überzeugt, dass Deutschland nur dann erfolgreich bleibt, wenn es fest in geteilten europäischen Grundwerten verankert bleibt.

BAMF-Arbeit weiter aufklären

Offenbar kriminelle Vorgänge in der Außenstelle des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) in Bremen haben den Fokus auf die Arbeit dieser großen Bundesbehörde gerichtet, welche die Asylverfahren durchführt.

Mit Klugheit und Ruhe sollten wir die Situation bewerten: Das BAMF hat in den vergangenen Jahren hunderttausende von Asylverfahren durchführen müssen, so dass die Behörde um mehrere tausend Mitarbeiter aufgestockt werden musste.

Wir dürfen nicht vergessen, dass viele Mitarbeiter Enormes geleistet haben, um den Berg an Asylverfahren abzarbeiten. Dabei sind ohne Frage auch Fehler passiert.

Wir alle in der Bundestagfraktion waren aber auch tief betroffen, als uns Herr Weise am 10. November 2015 über die Zustände im BAMF berichtet hat.

Da haben wir alle gewusst, welche große Aufgaben beim BAMF anstehen. Jetzt brauchen wir eine lückenlose Aufklärung der Vorgänge und einen schnellstmöglichen Abbau von Qualitätsdefiziten.

So wichtig zügige Entscheidungen von Asylanträgen sind, Schnelligkeit darf nicht auf Kosten der Qualität gehen. Wir unterstützen Bundesinnenminister Horst Seehofer darin, verloren gegangenes Vertrauen so schnell wie möglich wiederherzustellen.

Hierzu wurden die erforderlichen Maßnahmen eingeleitet wie etwa die Bitte um Prüfung durch den Bundesrechnungshof und die Entscheidung, dass die BAMF-Außenstelle Bremen keine Asylbescheide mehr erlassen darf.

Die Befassung des Innenausschusses hat letzte Woche gezeigt, dass dies der richtige Ort für die Aufklärung ist. Sie wird in dieser Woche mit der Befragung von ehemaligen und aktuellen BAMF-Präsidenten fortgesetzt, in der nächsten Woche werden Thomas de Maizière und Peter Altmaier Rede und Antwort stehen.

Wir richten unseren Blick aber auch nach vorne.

Wir wollen, dass das Bundesamt personell und im Hinblick auf die verfahrensrechtlichen Voraussetzungen so ausgestattet und organisiert ist, dass eine ordnungsgemäße Prüfung der Asylanträge gewährleistet ist.

Richtig ist es, auch auf die im Koalitionsvertrag vereinbarten Anker-Zentren zu setzen. Hierfür erwarten wir die Unterstützung durch unseren Koalitionspartner und auch durch die Länder, denn nur gemeinsam werden wir Fortschritte bei der Bearbeitung und beim Vollzug von Asylentscheidungen erreichen.

Arbeitslosenzahlen in doppeltem Abwärtstrend.

Die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland sinkt weiter. Den neuesten Zahlen des Statistischen Bundesamtes zufolge lag die Arbeitslosenquote im Mai bei 5,1 Prozent.

Demnach waren 2,3 Millionen Menschen arbeitslos, 68.000 weniger als noch im April und rund 182.000 weniger als im Vorjahr. Dies entspricht dem niedrigsten Wert seit der Wiedervereinigung.

Auch unter Einbezug saisonbedingter Schwankungen sank die Zahl der Arbeitssuchenden. Gleichzeitig vermeldete die Bundesagentur für Arbeit rund 793.000 offene Stellen im Mai – 78.000 mehr als vor einem Jahr.

Auf europäischer Ebene lag die saisonbereinigte Arbeitslosenquote im April 2018 im Euroraum bei 8,5 Prozent und erreichte damit den niedrigsten Wert seit 2008. Auch sie verzeichnete gegenüber 9,2 Prozent im April 2017 einen Rückgang.

Eurostat-Schätzungen zufolge waren in der EU im April 2018 circa 17,4 Millionen Menschen arbeitslos, 13,8 Millionen davon im Euroraum. Im Jahresvergleich war die Arbeitslosenquote im April in allen EU-Mitgliedstaaten rückläufig. Einzige Ausnahmen bildeten Italien, wo sie unverändert blieb, und Estland, wo sie leicht anstieg. Die niedrigsten Arbeitslosenquoten verzeichneten Tschechien, Malta und Deutschland.

(Quelle: Statistisches Bundesamt, Eurostat)